Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

57 (4.2.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 57 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Montag, 4. Februar 1918 — 77. Jahrgang. — Mittagsblatt.

Das Erlöschen des Demonstrationsstreiks.

Eine Absage Amerikas an die Alliierten. — Erklärungen der ukrainischen Delegation in Brest-Litowsk. Ein englisches Kriegsschiff gesunken.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 3. Febr. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern

An der flandrischen Front kam es am Nachmittag zwischen dem Houthoulster-Wald und der Lys zu lebhaften Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuertätigkeit zeitweilig auf. Bei Monchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgeschlagen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Am Oise-Aisnekanal ließen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand.

Längs der Ailette, im Abschnitt von Reims, auf den Maashöhen und am Hartmannsweilerkopf vielfach Artillerietätigkeit.

Unsere Infanterie brachte von Erkundungen auf dem Ostufer der Maas und nördlich von Badonviller einige Franzosen zurück.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Lebhafter Feuerkampf auf der Hochfläche von Asiago.

*

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

* * *

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 3. Febr., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Luftangriff auf Paris.

WTB. Bern, 4. Febr. (Ag. Hav.) Bei dem Luftangriff am 30. und 31. Januar wurden in Paris 33 Personen getötet, darunter 11 Frauen und 2 Kinder, und in der Bannmeile 16 Personen, darunter 3 Frauen und 3 Kinder. Verletzt wurden in Paris 134 Personen, darunter 50 Frauen und 10 Kinder, und in der Bannmeile 72 Personen, darunter 38 Frauen 7 Kinder.

Neue U-Bootserfolge

() Berlin, 2. Febr. (Amtlich.) Dicht unter der englischen Ostküste wurden durch unsere U-Boote bei starker Bewachung und Gegenwirkung kürzlich 6 Dampfer, sowie der englische Schlepper „Desire" mit zwei Motorleichtern versenkt. Die Dampfer waren fast durchweg tiefbeladen, einer von ihnen mit Holz.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

() Berlin, 2. Febr. Von den Schiffen, die an der englischen Ostküste versenkt worden sind, darf gegenwärtig vermutet werden, daß sie hauptsächlich dem Verkehr mit Skandinavien dienen. Im Handel mit Skandinavien besaß früher die englische Holzeinfuhr hervorragende Bedeutung. Großbritannien hat wenig Wälder, braucht aber viel Holz zum Absteifen seiner Kohlen- und Erzgruben, sowie zum Barackenbau. Der Mangel an Schiffsraum hat auch diese Rohstoffquelle verstopft. Das Holzgeschäft, schreibt ein englisches Fachblatt am 15. Dezember hat sich so sehr verschlechtert, daß es schlimmer nicht aussehen kann. Laut „Handelsblad" vom 16. Januar ging die englische Grubenholzeinfuhr 1917 auf 0,75 Millionen Lasten zu je 1,4 Kubikmeter zurück, gegen 1,4 Millionen Lasten im Jahre 1916 und 1,75 Millionen Lasten im Jahre 1913. Anderes Holz kommt noch weniger hinein. Die schwedische Ostseelieferungen haben aufgehört. Nur Norwegen und Frankreich schicken noch. Da diese Einfuhr aber nicht entfernt zur Deckung des englischen Bedarfs genügt, stellte Lloyd George schon im vergangenen Frühjahr sein inzwischen fehlgeschlagenes Holzprogramm auf. Die einzig bekanntgewordene Wirkung dieses Programms ist, daß die schönen Wälder von Süd-Wales verschwunden sind.

*

Weitere Ereignisse zur See.

WTB. Frankfurt a. M., 4. Febr. Die „Frankf. Ztg." meldet aus dem Haag: Hier ist die von neutraler Seite stammende Nachricht eingetroffen, daß am 26. Dezember ein großes englisches Kriegsschiff, das von einigen Torpedojägern begleitet war, in der Nähe des Kriegshafens im Firth of Forth auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

WTB. London, 4. Febr. (Amtlich.) Der bewaffnete englische Truppentransportdampfer „Louvain" wurde im östlichen Mittelmeer am 21. Januar torpediert und ist gesunken. 17 Offiziere und 217 Mann sind ertrunken.

WTB. Bern, 4. Febr. Der „Progrès de Lyon" meldet aus Lissabon: Ein spanisches Patrouillenschiff rettete in der Nähe von Cap Regan die Besatzung des 140 Meilen von Lissabon versenkten portugiesischen Dampfers „Neptuno", der mit Waren und Lebensmitteln nach Funchal unterwegs war.

WTB. Kopenhagen, 4. Febr. „Extrabladet" meldet aus Christiania: Seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges sind 384 norwegische Schiffe versenkt worden und 633 Personen umgekommen. Seit Kriegsbeginn sind bis jetzt 713 norwegische versenkt und 875 Mann umgekommen.

*

Die niederländische Schiffahrt.

WTB. Haag, 2. Febr. Die Unterhandlungen zwischen den niederländischen Reedern und der Regierung, die darauf abzielten, die jetzt in amerikanischen Häfen liegenden Getreideschiffe von der Einforderung durch die Regierung zu befreien, haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt, so daß diese Schiffe infolge der mit den Vereinigten Staaten getroffenen vorläufigen Vereinbarungen alle in Fahrt gebracht werden können.

Englands Notruf nach Amerika.

br. Berlin, 3. Febr. Das Pariser „Journal" erfährt laut „B. T." aus Newyork: Der britische Lebensmittelkontrolleur telegraphierte an den amerikanischen Lebensmittelkontrolleur Hoover: Solange Sie nicht in der Lage sind, uns noch weitere 75 Millionen Bushels Getreide zu liefern kann ich mich nicht dafür verbürgen, daß wir als Sieger aus diesem Kriege hervorgehen werden.

Amerikas Absage.

() Berlin, 4. Febr. Ein Londoner Gewährmann der „Voss. Ztg." will berichten können, daß nach seiner Rückkehr aus Europa der Vertreter Wilsons, Oberst House, erklärte, die Lage in Europa sei gefährlich. Die Forderungen der Alliierten könne Amerika nicht erfüllen. Die zentrale Organisation fehle den Alliierten vollständig und dies führe dazu, daß sie sicherlich den Krieg verlieren würden. Die Mehrheit des Senatsausschusses respektive der Regierung verlangt nunmehr eine Kontrolle der Alliierten.

Ankunft amerikanischer Truppentransporte.

() Basel, 2. Febr. („Frankf. Ztg.") Nach einer Washingtoner Havasmeldung sind 16 ehemalige deutsche Ueberseedampfer mit amerikanischen Truppen an Bord in Frankreich eingetroffen.

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(23) (Nachdruck verboten.)

„Unser Dorf kann sich wirklich glücklich preisen, daß ein so guter Seelen- und ein so guter Leibarzt mit ihren Frauen sich um sein Heil kümmern."

„Besonders mit letzterem ist unsere Mamsell Hulda sehr einverstanden, und nur dieser ihrer Vorliebe haben die Herrschaften diesen köstlichen Apfelkuchen zu verdanken; weil ich sagte, der Doktor ißt gern welchen, war sie gleich dabei, obwohl sie vorher erklärt hatte, es sei nicht nötig, noch mehr Kuchen zu backen!" rief Sanna lustig und alle lachten.

„Nun, dann darf ich mich ja dazu halten!" meinte der Leutnant, „denn ich gehöre doch mit zu Doktors."

„Bitte, Herr von Mühlingk." Sanna schob ihn den Kuchenteller zu, „bedienen Sie sich; nehmen Sie auch ordentlich Schlagsahne."

„Ich muß Sie bewundern, gnädige Frau!" sagte Astrid halblaut zu Herma. „Was Sie da tun, wäre mir unmöglich! Ein Grauen überläuft mich, wenn ich an Krankheit und Elend denke — nein — und solche Leute — —"

Herma lächelte ein nachsichtiges sanftes Lächeln. „Das ist mir begreiflich. Auch mir ist es anfangs schwer geworden. Doch ein bißchen guter Wille und Menschenfreundlichkeit helfen dazu, daß man den Widerwillen überwindet. Man muß die Leute erziehen."

„Ich vermöchte es nie. Papa und Mama geben jährlich Tausende für Wohlfahrtszwecke. Es wäre doch undenkbar, wenn Mama oder ich selbst bei den Leuten nach dem Rechten sehen wollte — peinlich auch wäre es für die betreffenden Familien —, Distanz halten ist für beide Teile das einzige."

„„Vielleicht von Ihrem Standpunkt aus, gnädiges Fräulein! Doch ich bin geprüfte Krankenpflegerin, und seit neun Jahren, seit meinem zwanzigsten Jahre, habe ich diesen Beruf ausgeübt. Da lernt man anders denken; da sind einem alle Menschen, ob hoch, ob niedrig, gleich lieb auf ihrem Schmerzenslager. Und muß man nicht doppelt liebevoll und gütig gegen minder Bevorzugte sein? Muß man nicht das Gute in ihnen wecken, sie emporziehen?"

„Die Leute wollen und wissen es ja nicht anders! Warum da Volksbeglücker spielen! Papa hat genügend Erfahrungen darin gemacht — es ist ein undankbares Geschäft!" versetzte Astrid mit kühler Abwehr gegen die lebhaften, warmherzigen Aeußerungen Hermas.

„Wer nicht mit dem Herzen dabei ist, der soll es auch lieber lassen. Eines schickt sich nicht für alle. Ich habe meinen Beruf gern gehabt — er war schwer, aber schön!"

Obwohl die Damen nur halblaut miteinander gesprochen hatten, so war dem Arzt doch kaum ein Wort von der Unterhaltung entgangen.

Wie herzenskalt Astrid Vermehren doch war — herzenskalt und selbstsüchtig — und dennoch — was war es nur, das ihn zu ihr zog, gegen seinen Willen, mit übermenschlicher Gewalt? Er kam nicht los von dem Gedanken an sie, obwohl er seiner lieben, sanften Frau von Herzen zugetan war. Und ein dunkles Gefühl sagte ihm ganz deutlich, daß auch Astrid Vermehren sich mit ihm beschäftigte. Es lag in ihren Augen etwas, wenn sie ihn ansah, etwas Rätselhaftes, Lockendes, dann wieder Abstoßendes — umsonst war er nicht Arzt und Menschenkenner.

Man war fertig mit Kaffeetrinken. Der Graf drängte mit seinem geliebten Skat. Sanna zog ein Mäulchen.

„Jetzt schon? Wir wollten doch etwas musizieren."

„Das kann ja dennoch geschehen! Es stört uns durchaus nicht, nicht wahr, Doktor? — Oder wolltest du an uns ein dankbares Publikum haben?"

„Fräulein Ursula singt so schön."

Ursula widersprach und teilte dieses Lob ihrer Schwester Astrid zu; dennoch aber hatte Sanna erreicht, was sie wollte — auch die Herren begaben sich mit ihnen ins Musikzimmer.

„Es kann doch auch hier Skat gespielt werden — da in der Ecke, Papa."

„Na," meinte der Graf in langgezogenem Tone, legte den Kopf auf die Seite und sah sein Töchterlein mit listigem Augenblinzeln an, „na wie sagt doch Wilhelm Busch so schön — „Musik wird oft nicht schön empfunden, da sie mit viel Geräusch verbunden" — oder so ähnlich."

Man lachte. Währenddessen hatte Leutnant Mühlingk den Flügel geöffnet und mit einigen Läufen den Ton des Instruments probiert. „Bei der heiligen Cäcilie! Das ist doch etwas anderes, als die Drahtkommode in unserem Kasino."

„Ah, Sie spielen Klavier, Herr von Mühlingk?" fragte Ursula Vermehren schelmisch, „können Sie das denn?"

„Meine Gnädigste, fragen Sie lieber, was ich nicht kann! Das wäre viel einfacher, kürzer. Ich kann nämlich alles! Ich kann auf dem Kamm blasen, kann Mund- und Ziehharmonika spielen, durch die Finger pfeifen; ich spiele erste Violine und kann jedem, der es mag, die Flötentöne beibringen!" rief er lustig. Man lachte über seine drollige Art.

„Nun, dann fangen Sie an, Herr von Mühlingk, und zeigen Sie, was Sie können!" meinte Ursula.

„Zuerst mein Leib- und Magenlied, womit ich jedes Konzert eröffne. Und wenn ich mir das vom Herzen gespielt, stehe ich gern zu Gebot in allem, was gewünscht wird."

„Noten dazu gefällig, Herr von Mühlingk?"

„Danke, Komtesse, ich spiele lieber aus dem Kopf, da ich mit den Noten auf dem Kriegsfuß stehe," dann ertönten unter seinen Händen die Klänge des Gardemarsches — „Was zieht durch die Straße mit klingendem Spiel — das ist die Garde, die ihren Kaiser liebt — —"

„Wie hübsch," rief Sanna, als er geendet, „bitte, noch eins."

„Jetzt kommt erst die Hauptsache — das, was ich eigentlich meine," er spielte das Flaggenlied und sang den Refrain leise mit — „ihr woll'n wir unser Leben weih'n, der Flagge schwarz-weiß-rot".

Der Graf lauschte bei diesen Klängen auf und nickte dann zustimmend vor sich hin. Der junge Offizier gefiel ihm ungemein in seiner frischen, frohen Art. In Begeisterung leuchteten Rudolfs hübsche, dunkle Augen. Er sah zu Sanna empor, die neben dem Flügel stand, die Melodie leise mitsang.

„Zu meiner Schande muß ich gestehen, daß ich den Text nicht kann!" sagte sie, „würden Sie ihn mir vielleicht gelegentlich aufschreiben, Herr von Mühlingk?"

Er sprang auf.

„Sehr gern, Komtesse!"

„Ach, jetzt nicht; es hat Zeit, bis Sie wiederkommen!" Und dann errötete sie, als diese letzten Worte ihr so unüberlegt entschlüpft waren.

(Fortsetzung folgt.)

Der russische Wirrwarr.

Die Anarchie in Petersburg.

() Rotterdam, 2. Febr. „Daily Telegraph" meldet aus Petersburg: Die Lage ist äußerst unsicher. Straßenraub und Mord mehren sich. Der Korrespondent bestätigt, daß der Einfluß der Maximalisten in der Ukraine zunimmt.

() Bern, 2. Febr. „Corriere della Sera" meldet aus Petersburg: „Nowoja Chisn", das Blatt Maxim Gorkis, wurde trotz seiner extremen Tendenz wegen seiner Kritik an den Regierungsmaßnahmen Lenins verboten. Man bereitete einen neuen Erlaß zur Beschlagnahme aller Goldwaren, Juwelen, sowie des Privatbesitzes vor. Wahrscheinlich werden auch die Juwelen in den Museen und Klöstern in die Beschlagnahme einbegriffen werden. Ein anderer Erlaß sieht die Enteignung sämtlicher Privathäuser in Petersburg vor. Diese sollen in Gemeindebesitz übergehen. Die Preise für Lebensmittel erreichen eine schwindelnde Höhe. Ein Kilo Kartoffeln kostet 5 Rubel. Zucker fehlt vollkommen. In den Kasernen der bolschewistischen Soldaten dagegen herrscht Ueberfluß. Die Lage führt täglich zu blutigen Zwischenfällen. Die Volksbeauftragten unterhandeln mit den Arbeitervertretern, die mit Vergeltungsmaßregeln drohen, weil die Räteregierung nicht für eine genügende Versorgung des Proletariats das Notwendige tue. Die Typhusepidemie mache rasende Fortschritte. Man fürchte sich vor der Pest, die von Soldaten durch ganz Rußland verbreitet werde.

WTB. Berlin, 4. Febr. Infolge der furchtbaren Lebensmittelnot hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg die Neubildung eines Zentralausschusses zur Durchsuchung Petersburgs und des Eisenbahnnetzes nach Lebensmitteln und sonstigen Vorräten beschlossen. Für die Durchsuchung Petersburgs sollen 5000 Mann mobilisiert werden. Außerdem sollen Expeditionen zur Absuchung der umliegenden Kreise abgeschickt und auf allen Bahnhöfen Gepäckrevisionen zwecks Requirierung der Lebensmittel vorgenommen werden.

*

Finnland.

WTB. Helsingfors, 2. Febr. (Svenska Telegram-Byran.) Nachdem der Landtag und die rechtmäßige Regierung von den Revolutionären verhindert wurden zu funktionieren, erklärt der Zentralverband der Beamten die Absicht, mit Genehmigung des Präsidenten Swinhuwud jede kulturelle Arbeit bis zur Wiederherstellung der Ordnung abzulehnen. Für Eisenbahnbeamte werden besondere Vorschriften erlassen. Aerzte und Krankenpfleger sollen nach eigener Prüfung handeln. Allein die Lebensmitteldirektion darf, wenn möglich, ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Zensur wird verschärft. Die Weiße Garde nahm die Städte Jywaskyla und Navastehne ein.

);(Kopenhagen, 2. Febr. Ein Berichterstatter der „Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors, daß die Stadt nun völlig in den Händen des Arbeiterrates sei. Der Senatspräsident Swinhufvud forderte in einem Aufruf die Bürger auf, die gesetzliche Regierung und die Truppen des Landes gegen die unrechtmäßigen Machthaber zu unterstützen, die die Freiheit Finnlands bedrohten. Die Bank von Finnland sowie die Privatbanken sind geschlossen. Die neue revolutionäre Regierung befindet sich bereits in schwieriger Lage. Sie scheint sich selbst darüber klar zu sein, denn sie machte unter der Hand den bürgerlichen Parteien den Vorschlag zu einem Ausgleich, wonach den bürgerlichen Parteien eine gewisse Anzahl Sitze in der Regierung eingeräumt wird.

(!) Kopenhagen, 2. Febr. „Politiken" meldet aus Haparanda: Bei Kemi fand ein blutiger Kampf statt, bei der die Rote Garde die Kirche und die Schule zerstörte. Die Rote Garde blieb siegreich und besetzte die Stadt. In Uleaborg behauptet die Rote Garde gleichfalls ihre Machtstellung mit Unterstützung von russischen Trupen. Tornea befindet sich in den Händen der bürgerlichen Truppen. Die russischen Soldaten sind nunmehr bereit, die Waffen abzuliefern und sich nach Rußland zu begeben.

WTB. Amsterdam, 3. Febr. Einem hiesigen Blatt zufolge erfahren die „Times" aus Petersburg: Die finnische Regierung protestierte energisch gegen Rußlands Eingreifen in die Angelegenheiten der finnischen Republik, die von den bolschewistischen Diktatoren bereits ausdrücklich als freier und unabhängiger Staat anerkannt worden ist. Die russischen Truppen sind nicht nur nicht, wie versprochen, ganz zurückgerufen worden, sondern die Rote Garde fährt fort, die Weiße Garde anzugreifen, die als Vertreter der finnischen Bourgeoisie angesehen wird.

WTB. Stockholm, 4. Febr. Wie „Dagens Nyheter" erfährt, mehren sich in Helsingfors die Ermordungen von Bürgern durch Rote Gardisten. Im Leichenhaus sind bereits 30 Leichen aufgestapelt. Gestern wurden auch mehrere Maschinengewehre aufgestellt und das ganze Theater von Helsingfors demoliert. Unter den von Roten Gardisten erschossenen Personen befindet sich der frühere Polizeikommissar Niketorow und der Redakteur Helme. Die in Helsingfors wohnenden Schweden versuchen, eiligst abzufahren. Die Roten Gardisten haben auch den ganzen Goldvorrat der finnischen Bank weggeschleppt.

WTB. Stockholm, 4. Febr. „Svenska Telegram Byran". Die Telegramme aus Helsingfors werden immer seltener, da die Rote Garde jetzt offenbar im Besitze der Zentrale in Helsingfors ist. Die Verhaftungen politischer Persönlichkeiten der alten Regierung werden fortgesetzt. Dem Mord des Landtagsabgeordneten Mikkels, der im Gefängnis ermordet wurde, werden wahrscheinlich weitere Verbrechen dieser Art folgen. Eine schwedische Expedition zur Abholung der Schweden, Dänen und Norweger in Finnland wird erwartet. Alle Skandinavier wollen das Land verlassen. In Helsingfors wird behauptet, daß man angefangen habe, schwedische Waffen über den bottnischen Meerbusen einzuführen. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Sinole, sandte selbst an seinen schwedischen Parteigenossen, Marineminister Palastierne, ein darauf bezügliches Telegramm und erhielt die Antwort, daß er sich an den schwedischen Gesandten in Helsingfors wenden solle. Die telegraphische Verbindung zwischen Helsingfors und Petersburg ist neuerdings unterbrochen. Man nimmt an, daß weiterhin große Transporte von Truppen von Petersburg nach Finnland gehen.

*

Schweden und Finnland.

WTB. Stockholm, 4. Febr. Gestern sprachen die Vertreter von 40 schwedischen Zeitungen dem schwedischen Staatsminister und dem Minister des Aeußern den Wunsch aus, für die freiwillige Teilnahme Schwedens an dem Kampf der finnischen Ordnungsfreunde gegen die Anarchie wirken zu wollen. Beide Minister erklärten, die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß ein offizielles Eingreifen nicht erfolgen könne.

Rußland und Rumänien.

WTB. London, 1. Febr. (Reuter). Die „Times" erfahren aus Petersburg, daß von einem der Entente-Gesandten in Petersburg um Verlängerung des Abreisetermins des rumänischen Gesandten bei der russischen Regierung nachgesucht wurde. Aber die bolschewistische Regierung blieb unbeugsam. Der rumänische Gesandte wurde von einem besonderen Kommissar zur finnischen Grenze geleitet. In jedem Wagen des Sonderzuges befanden sich zwei bewaffnete Matrosen. Als Diamandi aus der Gefangenschaft entlassen wurde, drahtete er an die rumänische Regierung in Jassy, er glaube, daß die Volkskommissare ihn als Geisel für die gefangenen bolschewistischen Agitatoren an der rumänischen Front festhalten wollten, da er nach der Entlassung aus dem Gefängnis schriftlich versprechen sollte, die Befreiung dieser Agitatoren zu erwirken. Da also seine Freilassung die Form einer Auswechslung von Kriegsgefangenen annehmen sollte, weigerte er sich, dem Ersuchen stattzugeben, und bat die rumänische Regierung um seine Zurückberufung, erhielt aber keine Antwort. Wahrscheinlich sind alle Telegramme von den russischen Behörden unterschlagen worden. Der französische Botschafter hat vorläufig die Vertretung der rumänischen Interessen übernommen.

() Amsterdam, 1. Febr. Einem hiesigen Blatte zufolge erfahren die „Times" aus Petersburg: Trotzki erklärte in einem Pressegespräch, daß die russische Republik den Rumänen nicht den Krieg erklärt, sondern nur den rumänischen Gesandten ausgewiesen habe. Trotzki sagte: Wir führen nur den Bürgerkrieg gegen die rumänischen Generale und die Bourgeoisie, die den Krieg erklärt haben an die russischen Soldaten und an unsere demokratischen Einrichtungen an der rumänischen Front. Wir kämpfen nicht mit den rumänischen Arbeitern. Es soll eine demokratische rumänische Regierung mit jeder denkbaren moralischen und materiellen Unterstützung Rußlands ins Leben gerufen werden. Diese Regierung werden wir mit Geld aus dem in Moskau beschlagnahmten rumänischen Fond versehen. Mit der alten rumänischen Regierung werden wir ohne Rücksicht verfahren. Wir sympathisieren mit den rumänischen Demokraten in Rußland, aber wir behandeln die Vertreter der rumänischen Bourgeoisie als Geiseln, wenn die rumänischen Generale mit dem Aufmarsch ihrer Truppen fortfahren.

WTB. Berlin, 4. Febr. Nach hier eingetroffenen zuverlässigen Nachrichten ist die rumänische Gesandtschaft in Petersburg in der Nacht vom 29. zum 30. Januar über Finnland abgereist.

Das Ende des Demonstrationsstreiks.

Die Veröffentlichung des Wolffschen Büros über die Verhandlungen zwischen der Obersten Reichsbehörde und den sozialdemokratischen Parteiführern läßt erfreulicherweise erkennen, daß unsere politische Leitung den richtigen Kurs weiter eingehalten hat. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß man auf diese Weise der Bewegung heute schon vollkommen Herr geworden ist. Bleibt die Reichsbehörde unweigerlich bei dem richtigen Grundsatze, eine berufene Vertretung der Streikenden nicht anzuerkennen, so muß die Bewegung, da sie von der Masse der Arbeiterschaft nicht getragen wird, bald ausgespielt haben. Es ist deshalb, zum mindesten gesagt, eine völlige Verkennung der Lage, wenn in einigen linksliberalen Organen von einem angeblichen moralischen Recht der Streikenden gesprochen wird und wenn man es der Regierung als Versäumnis eines günstigen Augenblicks zum Vorwurf macht, daß sie mit den Streikenden selbst nicht verhandeln wollte. Man wird im deutschen Volke nirgends dafür Verständnis haben, daß eine verbrecherische Schädigung des Vaterlandes unter irgendwelchen Umständen moralisch berechtigt sein könnte. Die Regierung hat in diesem Punkte mit ihrer energischen Haltung zweifellos die Stimmung in allen Volkskreisen mit Einschluß der Arbeiter richtig getroffen, und gerade damit die Probe von Zivilkourage abgelegt, die die „Internationale Correspondenz" bei ihr vermißt.

Im übrigen scheint der Streik nach den heute vorliegenden Meldungen schon so gut wie beendet zu sein. In den mittleren und kleineren Betrieben in Groß-Berlin sind am Samstag Nachmittag die Arbeiter wieder erschienen. In Charlottenburg ist am Samstag auf Anordnung der Polizeibehörde das Charlottenburger Volkshaus, in dem ähnlich wie im Berliner Gewerkschaftshaus die Büros von Arbeiterorganisationen untergebracht sind, geschlossen worden; auch das Restaurant und die Stehbierhalle des Volkshauses, die einen regen Verkehr Streikender aufzuweisen hatten, wurden geschlossen. Gewerkschaftsbeamte, die in dem Hause zu tun haben, erhalten von der Polizei besondere Legitimationen. Gegen die fernere Betätigung von Mitgliedern der Streikleitung ist durch Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre angedroht worden.

Auch aus dem Reich laufen Meldungen von der Beendigung des Aufstandes ein. In einer Vertrauensmännerversammlung in Brandenburg an der Havel wurde beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Es streikten dort 8500 Arbeiter. Aus Breslau wird gemeldet, daß am Samstag in allen größeren Betrieben wieder gearbeitet worden ist.

Im Bezirke des 11. Armeekorps haben, wie aus Kassel gedrahtet wird, die Streikenden in einer Anzahl von Städten die Arbeit noch nicht vollständig wieder aufgenommen. Der stellvertretende kommandierende General des 11. Armeekorps, Generalleutnant Kehler, hat daraufhin folgende Bekanntmachung erlassen: Die Arbeitsniederlegung in einigen Orten des Korpsbezirks haben mich veranlaßt, zu verfügen, daß alle am Streik beteiligten Wehrpflichtigen, einschließlich der Beurlaubten und Reklamierten, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, in das Heer einzustellen sind. Nach Mitteilung von amtlicher Seite wurden im Auftrag des stellvertretenden Generalkommandos des 11. Armeekorps die streikenden Wehrpflichtigen an den verschiedenen Orten persönlich verwarnt und auf die Folgen hingewiesen, wenn sie trotz dieser Verwarnung die Arbeit nicht spätestens am Montag Vormittag wieder aufnehmen sollten. Soweit Beurlaubte und Reklamierte in Betracht kommen, werden sie, falls sie am Montag nicht wieder arbeiten, sofort zum Heeresdienst eingezogen.

In einer am Samstag Nachmittag stattgefundenen Versammlung in Mannheim brachte Reichstagsabg. Geck eine Erklärung des engeren und erweiterten Ausschusses zur Kenntnis unter näheren Erläuterungen, welche den Streikenden vorschlägt, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Die Abstimmung ergab die Annahme der Resolution mit starker Majorität.

* * *

);(Bremen, 2. Febr. Wie die „Weserzeitung" erfährt, hat heute nachmittag eine Versammlung von Streikenden beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.

(!) Köln, 2. Febr. Wie die „Kölnische Zeitung" berichtet, ist in den hiesigen Werken von sämtlichen Arbeitern die Arbeit wiederaufgenommen worden, sodaß die Ausstandsbewegung als beendet gelten kann.

Die erste Verurteilung.

WB. Berlin, 2. Febr. Der erste Fall, der vor dem außerordentlichen Kriegsgericht für Berlin 3 zur Verhandlung kam, betraf den 30jährigen Dreher Heinrich Schulze. Der Angeklagte hat am 29. Januar, vormittags 6 Uhr, am Bahnhof Reinickendorf-Rosental an die mit der Bahn ankommenden Arbeiter, die in die Fabrik gehen wollten, Zettel verteilt, die zum Streik aufforderten. Der Gerichtshof versagte dem Angeklagten mildernde Umstände und erkannte wegen versuchten Landesverrats auf 4 Monate Zuchthaus, die in 6 Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Der Angeklagte wurde in Haft behalten.

*

Keine sofortige Einberufung des Reichstags.

(!) Berlin, 4. Febr. Wie das „Berl. Tageblatt" erfährt, ist den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags, die bei dem Reichstagspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt hatten, die Antwort des Reichstagspräsidenten zugegangen, die dahin lautet, daß sich die Vorsitzenden aller übrigen Fraktionen gegen den Antrag ausgesprochen haben, und daß der Präsident daher dem Antrag keine Folge geben könne.

Ausstandsbewegung in Holland.

WTB. Amsterdam, 2. Febr. Der für Montag angesetzte Ausstand geht nicht von der sozialistischen Partei, sondern von der Organisation der revolutionären sozialistischen Minderheit aus. Das offiziöse Organ der sozialistischen Partei „Het Volk" verurteilt in einem Leitartikel diese Bewegung, die, wie das Blatt sagt, in der Hoffnung unternommen wird, eine Schreckensherrschaft herbeizuführen, die jede geordnete und zielsichere demokratische Aktion unmöglich machen würde. Den Mitgliedern der großen sozialdemokratischen Gewerkschaft wurde von ihren Führern abgeraten, an dem Streik teilzunehmen.

Brest-Litowsk.

Die Erklärung der ukrainischen Delegation.

WBT. Brest-Litowsk, 2. Febr. Gestern nachmittag fand unter Teilnahme sämtlicher Delegationen, einschließlich der inzwischen in Brest-Litowsk wieder eingetroffenen Abordnung der ukrainischen Rada, eine Vollsitzung statt, die zum Zwecke hatte, die Stellungnahme der beteiligten Regierungen zu der ukrainischen Zentralrada endgültig zu klären. Zu Beginn der Sitzung teilte der Vorsitzende, bulgarischer Militärbevollmächtigter Oberst Gantschew mit, daß an die Stelle des bisherigen Vorsitzenden der Abordnung, des Justizministers Popow, von jetzt ab der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow trete.

Herr Sewrjuk, der hierauf das Wort ergriff, gab bekannt, daß an Stelle des bisherigen Vorsitzenden der Abordnung der ukrainischen Rada Herrn Holubowitsch er selber den Vorsitz übernehme. Zur Tagesordnung übergehend, wies der Redner dann einleitend auf das Universal III der ukrainischen Zentralrada hin, womit die ukrainische Volksrepublik proklamiert und deren internationale Stellung bestimmt worden sei. Die internationale Stellung der ukrainischen Volksrepublik sei damals sowohl durch den Rat der Volkskommissare als auch durch die Vertreter der vier verbündeten Mächte anerkannt worden. Im Sinne dieser Erklärung sei denn auch während des ganzen Ganges der Verhandlungen bis zur letzten Unterbrechung die ukrainische Delegation von allen Konferenzparteien stets als Delegation eines unabhängigen Staates angesehen worden. Nach der Unterbrechung habe nunmehr Herr Trotzki versucht, die Stellung und Rechte der ukrainischen Delegation zu leugnen, wobei er sich auf das bis dahin nie erwähnte Vorhandensein des Exekutivausschusses in Charkow berufen habe. Die ukrainische Delegation halte es für notwendig, festzustellen, daß die von Herrn Trotzki in dieser Sitzung gehaltene Rede in vollständigem Widerspruch zu allen seinen früheren Erklärungen stehe, worauf sie gezwungen sei, folgende

Erklärung

abzugeben:

„Wir sind durchaus einer Ansicht mit Herrn Trotzki, daß in dem staatlichen Leben der Ukraine Veränderungen vorgenommen sind, die aber ganz anderer Natur sind als die, auf welche Herr Trotzki hinwies. Das Wesen dieser Veränderungen steht im Zusammenhang mit dem 4. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 24. Januar. In diesem heißt es: „Von nun ab bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemand abhängigen, freien und souveränen Staat des ukrainischen Volkes."

Hierzu müsse er bemerken, daß die Regierung der ukrainischen Volksrepublik bestrebt gewesen sei, einen Bund aller Republiken zu schaffen, der auf den Gebieten des früheren russischen Kaiserreiches entstanden sei, und eine gemeinsame föderative Regierung in Rußland zu bilden. Da aber bis zur Erlassung des vierten Universal trotz aller Versuche der ukrainischen Regierung ein derartiges gemeinsames föderatives Organ nicht zustandegekommen sei, und da aus der augenblicklichen Lage hervorgehe, daß ein solches auch nicht zustandekommen könne, so habe die ukrainische Zentralrada die Bildung einer föderativen Regierung fallen lassen müssen und habe durch das vierte Universal die Ukraine zum ganz selbständigen und von niemand abhängigen Staate proklamiert. Die ukrainische Rada habe in demselben Universal erklärt, daß sie mit allen angrenzenden Staaten in Frieden und Freundschaft leben wolle, daß aber kein einziger von ihnen sich in das Leben der selbständigen ukrainischen Republik einmischen dürfe. Folglich habe das vierte Universal in klarer Weise sowohl die internationale Stellung der ukrainischen Volksrepublik als auch ihre Politik gegenüber ihren Nachbarn bestimmt. Was die von Herrn Trotzki angeführten Argumente anlange, so entbehrten diese jeder Begründung.

Um neuerlichen falschen Auslegungen von irgendwelcher Seite vorzubeugen und in Zukunft Erklärungen der russischen Delegation zu vermeiden, die untereinander im Widerspruch stehen, schlage die ukrainische Delegation vor, die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemanden abhängigen Staat formell anzuerkennen und damit endgültig sowohl deren internationale Stellung als auch die Berechtigung der Delegation festzustellen.

Hierauf gab auf Aufforderung des Herrn Trotzki der der russischen Delegation angehörende

Vertreter des ukrainischen Exekutivausschusses,

Herr Mjedwjedjew eine Erklärung ab, in der er ausführte, der ukrainische Exekutivausschuß habe von Anfang an die Kiewer Rada nicht für berechtigt gehalten, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen. Was die jetzigen Friedensverhandlungen betreffe, so stehe der Exekutivausschuß der ukrainischen Republik ganz auf jenen Grundsätzen des demokratischen Friedens, die durch die russische Revolution propagiert und von dem ukrainischen Sowjet bestätigt worden sei, eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, der den Völkern das Recht der Selbstbestimmung sichert.

Anknüpfend daran führte Herr

Trotzki

aus: Es sei in keiner Weise zu bestreiten, daß er hier seinerzeit erklärt habe, die zwischen der Kiewer Rada und der Petersburger Regierung bestehenden Konflikte könnten keinen Einfluß darauf ausüben, daß er die Ukraine als unabhängigen Staat anerkenne. Die Anerkennung der Selbständigkeit oder Unabhängigkeit eines Staates könne aber nicht mit der Anerkennung dieser oder jener Regierung vermengt werden. Er halte es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß in manchen Kreisen die separatistischen Tendenzen im heutigen revolutionären Rußland überschätzt werden. Je mehr sich die Macht der Sowjets im ganzen Lande festige, desto mehr verlegten die besitzenden Klassen ihre

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gegenrevolutionären Tendenzen auf die Randgebiete. Wenn diese Gruppen im jetzigen Rußland siegen würden, dann würden sie sofort wieder zu Trägern der Zentralisation werden. Die Vertreter der Mittelmächte könnten hier natürlich die Rolle eines Schiedsrichters über die Machtverhältnisse in Rußland und in der Ukraine nicht übernehmen. Sodann gab die Delegation der Kiewer Rada ihre Vollmachten beibehalte, erhebe er keinen Einspruch wegen deren selbständiger Teilnahme an den Verhandlungen. Er müsse aber jetzt, wo auch Vertreter des ukrainischen Exekutivausschusses in den Verband der russischen Delegation eingetreten seien, mit doppeltem Nachdruck wiederholen, daß nur derartige Abkommen mit der Kiewer Rada die Anerkennung finden könnten, welche auch von seiten der russischen Delegation anerkannt würden.

Hierauf erbat das

Mitglied der ukrainischen Delegation,

Herr Lubynsky das Wort zu nachstehenden Darlegungen: Die Mitglieder der ukrainischen Delegation sind stets auf dem grundsätzlichen Standpunkt gestanden, daß die in Brest versammelten Vertreter derjenigen Staaten, die einen Friedensschluß anstreben, sich nicht über innere Angelegenheiten ihrer Gegner auszusprechen haben und daß innere Kämpfe und Vorgänge innerhalb der Staaten keinesfalls während der offiziellen Verhandlungen zur Kenntnis der Gegenpartei zu bringen seien.

Die Petersburger Volkskommissare haben nach Charkow unorganisierte Banden von Roten Garden hingeschickt, um die Charkower Regierung vor den Bewohnern des Gouvernements Charkow zu schützen. So ist die Charkower Regierung entstanden und das sind die Kräfte, auf die sie sich stützt. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß sie nicht nur nicht berufen ist, die ukrainische Republik zu vertreten, sondern daß sie kaum als Vertretung der Stadt Charkow angesehen werden kann.

Hierauf gab der Vorsitzende der österreich-ungarischen Delegation

Graf Czernin

folgende Erklärung ab: Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als einer bevollmächtigten Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon als unabhängigen, freien und souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.

Herr Trotzki

bemerkte kurz, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatlichkeit nicht geändert und müsse darauf hinweisen, daß es den hier verbündeten Mächten schwer fallen dürfte, die geographischen Grenzen der von ihnen soeben anerkannten Republik anzugeben. Für Friedensverhandlungen seien aber die Grenzen eines Staates keine gleichgültige Frage.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

*

Kühlmann und Czernin in Berlin.

WTB. Berlin, 4. Febr. (Nicht amtl.) Zur Teilnahme an Beratungen über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, werden, wie wir erfahren, heute der Staatssekretär von Kühlmann, der österreichische Minister des Aeußern Graf Czernin und General Ludendorff hier eintreffen. Auch der deutsche Botschafter in Wien wird zu den Besprechungen in Berlin erwartet.

WTB. Brest-Litowsk, 4. Febr. (Nicht amtl.) Staatssekretär von Kühlmann und der österreichische Minister des Aeußern Graf Czernin begaben sich gestern Nachmittag mit Begleitung zu kurzem Aufenthalt nach Berlin.

Verschiedene Nachrichten.

Deserteure in der amerikanischen Armee.

„Army and Navy Journal" (New York) vom 22. 12. schreibt: Der Bestand der amerikanischen regulären Armee war am 30. Juni 1917, dem Ende des Rechnungsjahres, 6169 Offiziere und 238 455 Mannschaften, dazu die Schutztruppe auf den Philippinen mit 163 Offizieren und 5570 Eingeborenen. Die Zahl der Deserteure belief sich auf 4834 Mann = 1,86 v. H.; im Vorjahre war der Prozentsatz 3,10. Die größte Anzahl der Deserteure hatten das erste und achte Reiterregiment und das elfte Infanterieregiment mit 10,80; 6,44 und 8,74 v. H. Die farbigen Truppen verloren 0,72 v. H., die weißen Formationen 1,90 v. H. durch Desertion.

Die amerikanische Kriegsfinanzgesellschaft.

WTB. Washington, 2. Febr. (Reuter.) Auf die Besprechung zwischen dem Staatssekretär Mac Adoo und den Parteiführern des Kongresses wurden Schritte für umfassende finanzielle Operationen im Zusammenhang mit den Kriegszielen erörtert. Man kam überein, am Montag gleichzeitig in den beiden Häusern des Kongresses das Verwaltungsgesetz zwecks Errichtung einer Kriegsfinanzgesellschaft mit einem Kapital von 500 Millionen Dollars einzubringen, die die Unternehmungen der Privatindustrie finanzieren soll.

Aus dem Reich.

Aus der Partei.

☛ Der Geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei beschloß, den Zentralvorstand der Partei zu einer Sitzung auf Sonntag, den 10. März nach Berlin einzuberufen.

Das Eichenlaub zum Pour le Mérite.

Zum Jahrestag des uneingeschränkten Unterseebootskrieges dorff und dem Chef eniatssrdgovcaäß-g vo rdogvc dgo uml hat der Kaiser dem Chef des Admiralstabes von Holtzendorff und dem Chef der Hochseestreitkräfte Admiral Scheer das Eichenlaub zum Orden Pour le Mérite verliehen.

Teuerungszulagen für Geistliche.

Wie der Evangelische Presseverband für Deutschland erfährt, ordnete der evangelische Oberkirchenrat in Berlin für seinen Aufsichtsbereich an, daß sofort aus landeskirchlichen Mitteln an Gemeindegeistliche einmalige Kriegsteuerungszulage in gleicher Höhe mit den staatlichen, jüngst den Staatsbeamten und Volksschullehrern gewährten einmaligen Teuerungszulagen gezahlt werden sollen.

Gründungsfeier der orthopädischen Anstalt der Universität Heidelberg.

() Heidelberg, 4. Febr. In Anwesenheit des Großherzogs fand gestern die Gründungsfeier der orthopädischen Anstalt der Universität Heidelberg statt, für deren Ausgestaltung durch freiwillige Stiftungen bereits die Summe von drei Millionen Mark aufgebracht worden ist. In seiner Begrüßungsansprache wies der Prorektor Geh. Hofrat Dr. Endemann auf die Bedeutung dieser neuen Anstalt hin, die der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Unfallverletzte gewidmet sein soll. Der Großherzog gab seiner Freude und Genugtuung Ausdruck über die Gründung dieser Anstalt, der ersten derartigen Anstalt, in der wissenschaftliche Forschung und praktische orthopädische Fürsorge so eng zusammenarbeiten. Schon während der allerersten Kriegszeit habe das Prothesenlazarett Ettlingen auf die Wege hingewiesen, die zu gehen sind so Gott will in einer langen, gesegneten Friedenszukunft, die wir alle heiß ersehnen, nach dem endgültigen erfolgreichen Abschluß des mächtigen Völkerringens, dessen siegreiches Ende zu erkämpfen wir fest gewillt sind. Mit Worten des Dankes an alle jene Männer, die durch offene Hand und offenen Blick das Unternehmen gefördert haben, schloß der Großherzog seine Ansprache. Ebenso herzlich dankte im Namen der badischen Staatsregierung und der Unterrichtsverwaltung Kultusminister Dr. Hübsch.

Im weiteren Verlauf der Feier wurde bekannt gegeben, daß die medizinische Fakultät beschlossen habe, folgende Herren, die sich um das Zustandekommen der sogenspendenden Anstalt besonders verdient gemacht haben, die Würde eines Ehrendoktors zu verleihen: Geh. Kommerzienrat Dr. jur. Richard Brosien, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Rheinischen Creditbank in Mannheim, Geh. Kommerzienrat Robert Hüttenmüller, Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh., Geh. Kommerzienrat Wilhelm Lorenz, Karlsruhe, Dr. der Ing.-Wissenschaften h. c., Aufsichtsrat der Daimler-Motoren-Gesellschaft, Baurat Friedrich Rallinger, Direktor der Benz-Gesellschaft in Mannheim, Arthur Netter, Chef der Aluminiumwerke Wolf und Netter in Ludwigshafen, Dr. chem. Oskar Neuberg, Direktor der Chemischen Fabrik Winkel im Rheingau, Mitglied der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Carl Reuther Chef der Maschinenfabrik Bopp und Reuther in Mannheim, Kommerzienrat Maier Strauß in Karlsruhe, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Motorenfabrik Oberursel.

Von der juristischen Fakultät wurden folgende Herren zu Ehrendoktoren ernannt: Alexander Wacker, Geheimer Kommerzienrat, Gründer der Schuckertwerke, Ludwig Janzer, Großh. badischer Regierungsrat, Direktor der Rheinischen Kreditbank in Mannheim und Viktor Schwoerer, Geh. Oberregierungsrat im Großh. Ministerium des Kultus und Unterrichts, der der Stiftung der orthopädischen Anstalt der Universität Heidelberg erfolgreichst die Wege bereitet habe.

Nachdem namens der Stifter Geh. Kommerzienrat Dr. Brosien, der sich um die Aufbringung der Mittel ganz besondere Verdienste erworben hat, den Dank der neuernannten Ehrendoktoren ausgesprochen hatte, wurde die Gründungsfeier mit einem Hoch auf den Großherzog geschlossen.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 4. Februar 1918.

= **Aus dem Hofbericht.** Der Großherzog hörte am Samstag die Vorträge des Geheimen Legationsrates Dr. Seyb, des Ministers Dr. Düringer und des Geheimerats Dr. Freiherrn von Babo. Gegen Abend empfing Seine Königliche Hoheit den Stellvertretenden Kommandierenden General, General der Infanterie Isbert.

= **Spende für die Gefangenenfürsorge.** Herr W. Herrmann, General-Vertreter der Basler Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuerschaden für das Großherzogtum Baden, in Karlsruhe, teilt uns mit, daß die Basler Versicherungs-Gesellschaft in Basel dem Landesausschuß der Badischen Gefangenenfürsorge (Auslandsdienst des badischen Landesvereins vom Roten Kreuz) einen Betrag von 10 000 Frs. in Schweizerwährung zur Verfügung gestellt haben.

= **Für die Mitglieder der Museumsgesellschaft** findet morgen Dienstag, den 5. Februar, abends 3/4 8 Uhr, im Museumssaale ein Kammermusik-Abend statt. Es werden dabei mitwirken die Herren E. Weimershaus, R. Feidner, H. Lüthje, J. Keilberth und K. Schied, ferner Hofopernsängerin Frln. Elisabeth Friedrich, die von Herrn Ludwig Kühn (Pforzheim) am Flügel begleitet wird.

Der Mangel an Waschmitteln. Die Knappheit an Waschmitteln, die in den letzten Monaten immer mehr zugenommen hat, wird dadurch hervorgerufen, daß die laufende Erzeugung an calcinierter Soda in wachsendem Maße für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung in Anspruch genommen werden muß. Die Seifen-Industrie ist für die Herstellung ihrer Erzeugnisse derart auf calcinierte Soda angewiesen, daß trotz aller Bemühungen der Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft, durch eine veränderte Erzeugung des Seifenpulvers den Ausfall an Soda einigermaßen auszugleichen, Waschmittel in genügendem Maße nicht hergestellt werden konnten. Um zu vermeiden, daß einzelne auf die in ihren Händen befindliche Seifenkarte überhaupt nichts erhalten, mußte eine Herabsetzung der gegen die Karte zur Abgabe kommenden Mengen an Seifenpulver angeordnet werden. Es ist aber in Aussicht genommen, sobald wieder reichlichere Sodazuteilungen an die Seifenindustrie werden erfolgen können, die Zuteilungsmenge an Seifenpulver wieder auf die alte Höhe heraufzusetzen.

Die achte Kriegsanleihe.

Na. Karlsruhe, 1. Februar.

Zum achten Male ergeht in nächster Zeit der Aufruf an das deutsche Volk, dem Reiche durch eine neue Kriegsanleihe wieder die Mittel zu verschaffen, die notwendig sind zur Fortführung des uns von den Feinden aufgezwungenen Krieges und zur Annahme des von den Alliierten bisher mit Hohn und Spott abgewiesenen Friedensangebots der Mittelmächte. Da das Ergebnis dieser Kriegsanleihe für den weiteren Verlauf des gewaltigen Ringens von allergrößter Bedeutung ist, und zwar nicht nur in Bezug auf die Kraft der Kriegführung selbst, sondern auch in Bezug auf die moralische Wirkung im Auslande, werden schon jetzt die Vorbereitungen für Werbearbeit für die neue Reichsanleihe getroffen. So haben sich dieser Tage auf Einladung des Oberbürgermeisters zahlreiche Damen und Herren im Sitzungssaale des Stadtrats eingefunden zur Besprechung der Propagandatätigkeit für die Anleihe. Hier gab zunächst der Herr Oberbürgermeister der Anerkennung Ausdruck für die rege Tätigkeit der verschiedenen Damen und Herren bei der 7. Kriegsanleihe, der man es in der Hauptsache zu verdanken gehabt habe, daß das Ergebnis der letzten Anleihe in der Stadt Karlsruhe so günstig ausgefallen sei. Nach längerem Austausch über die Erfahrungen bei der Werbetätigkeit sprachen sämtliche Anwesende in dankenswerter Weise ihre Bereitwilligkeit aus, auch für die achte Kriegsanleihe alles zu tun, was notwendig ist, um durch diese Arbeit den Sieg zu sichern für einen glücklichen Frieden.

Wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wurde, sind die Aussichten für ein gutes Ergebnis der Anleihe diesmal sehr günstig, denn nach den zahlreichen Geldangeboten der letzten Zeit, und nach dem Geldbestand der Sparkassen und Banken kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß wieder viele und große Beträge für die Anleihe zur Verfügung stehen. Es handelt sich in der Hauptsache nur darum, daß die Besitzer dieser Geldreserven ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllen und das Geld dem Reiche zur Verfügung stellen. Das ist um so mehr zu erwarten, als auch für die achte Kriegsanleihe die Bedingungen für die Zeichner äußerst günstig sind, sodaß für die auf diese Weise angelegten Geldbeträge eine gute Verzinsung von vornherein gewährleistet ist. Besonderer Wert wird auch bei der neuen Anleihe auf die Beteiligung der kleinen Sparer gelegt, damit das Ergebnis der Anleihe sich als Kundgebung der Gesamtheit des deutschen Volkes dokumentiert, als eine Kundgebung des unbeugsamen Willens zum Siege in diesem opferreichen gewaltigen Existenzkampfe der deutschen Nation.

Mit dem Wunsche, daß die achte Kriegsanleihe dem deutschen Volke den ersehnten Frieden bringen möchte, und mit herzlichem Dank an die Damen und Herren der örtlichen Organisation für ihre Bereitwilligkeit zur Mithilfe bei dieser vaterländischen Werbearbeit schloß der Oberbürgermeister die Sitzung.

Letzte Drahtberichte.

() Berlin, 4. Febr. Nachdem Asquith bereits seinen ersten Sohn im Kriege verloren hat, ist jetzt auch, wie dem „Berl. Tagebl." aus dem Haag berichtet wird, sein zweiter Sohn so schwer verwundet worden, daß ihm ein Fuß abgenommen werden mußte. Asquith befindet sich in Frankreich.

Landschaftsdirektor Kapp Reichstagsabgeordneter.

)(Pillkallen, 2. Febr. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Ragnit—Pillkallen an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Gottschalk-Sauerwalde war bis 11 Uhr abends das Ergebnis aus 212 von insgesamt 242 Wahlbezirken bekannt. Es wurden von 11 887 Wahlberechtigten 4645 gültige Stimmen abgegeben, davon für Generallandschaftsdirektor Kapp (kons.) 4545 Stimmen. Zersplittert waren 100 Stimmen. Die Wahl vollzog sich im Zeichen des Burgfriedens.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

() Wien, 3. Febr. Amtlich wird verlautbart: Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden hielt die lebhafte Artillerietätigkeit an.

Zwei neue österreichische Feldmarschälle.

WTB. Wien, 4. Febr. Aus dem Kriegsquartier wird gemeldet: der Kaiser ernannte die Generalobersten von Böhm-Ermolli und von Boroevic zu Feldmarschällen.

Die Kämpfe um Kiew.

WTB. Kiew, 1. Febr. (Pet. Tel.-Ag.) Die ukrainischen Regimenter, Schevtschenko und Bogdan Georgiewski, haben sich mit der gesamten Artillerieausrüstung den Sovjetstruppen angeschlossen. Das Arsenal ist genommen. Die übrigen Regimenter der Garnison weigern sich, gegen die Sovjets zu kämpfen. Die Sovjetstruppen von Samara haben den Bahnhof von Syri genommen und sich Kargany, der letzten Station vor Orenburg, genähert. Die Kosaken Dutows weichen in Auflösung zurück und werfen alle Waffen weg. Neue Verstärkungen, gebildet aus Infanterie- und Artillerieeinheiten, kommen den Sovjetstreitkräften zu Hilfe. Bei Orenburg verfügten die gegenrevolutionären Truppen über erstickende Gase und Explosivgeschosse.

Die Aalandsfrage.

WB. Stockholm, 2. Febr. (Svenska Telegram Byran. Der König empfing heute eine Aaländische Abordnung, die eine von den fast 8000 volljährigen Bewohnern der Insel unterzeichneten Wunsch auf Vereinigung Aalands mit Schweden ausdrückende Adresse an den König und an das Volk Schwedens überreichte. Der König erklärte, er sei glücklich, sie zu empfangen und ihre Gefühle für ihr altes Vaterland zu erfahren. Er drückte den Wunsch aus, es möge der schwedischen Regierung im Einverständnis mit einem freien, selbständigen Finnland gelingen, einen Ausweg zu finden, um die Schwierigkeiten für die Verwirklichung des Wunsches der Bevölkerung Aalands zu überwinden. Die Abordnung wurde auch von der Königin empfangen.

Verstärkung des Grenzschutzes in der Schweiz.

WB. Bern, 2. Febr. (Schweiz. Dep.-Ag.) Die allgemeine äußere und innere Lage läßt es dem Bundesrat als notwendig erscheinen, die zurzeit für den Grenzschutz aufgestellten Truppen durch Bildung einer Reserve zu verstärken. Der Bundesrat hat beschlossen, auf den 6. Februar eine Infanteriebrigade, zwei Guiden-Abteilungen und einen Zug einer Telegraphenkompanie weiter einzuberufen.

Die Konferenz der Alliierten.

WTB. Berlin, 4. Febr. (Meldung der Agence Havas.) Die Arbeiten der Konferenz der Alliierten wurden am Samstag nachmittag beendet. Die im Laufe der Sitzung gefaßten Beschlüsse ergaben eine vollständige Uebereinstimmung der Ansichten der alliierten Mächte und sind dazu angetan, auf die Führung des letzten Kriegsabschnittes einen großen Einfluß auszuüben. Eine amtliche Kundgebung wird vermutlich darüber am Sonntag abend in Rom, Paris und London erfolgen. Premierminister Lloyd George, Orlando und Sonnino verabschiedeten sich in Versailles von Clemenceau und kehrten nach ihren Hauptstädten zurück. Nach dem Ergebnis der Konferenz am späten Samstag Nachmittag befragt, erklärte Clemenceau: Alles, was ich jetzt sagen kann, ist, daß die Ergebnisse sehr glückliche sind. Die Sitzung am Samstag nachmittag war besonders befriedigend, und ich darf sagen, daß die hervorragenden Vertreter der Alliierten, mit denen ich mich soeben während zweier Tage unterhalten habe, von Frankreich den Eindruck bekommen haben, den ich ihnen übermittelt habe.

Der Fall Caillaux.

WB. Berlin, 2. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt zu der Angelegenheit Caillaux: Außer den in der französischen Presse veröffentlichten Telegrammen des deutschen Missionschefs in Amerika über die Reise von Caillaux hat, wie wir von zuständiger Seite erfahren, noch im Winter 1914/15 ein kurzer Telegrammwechsel zwischen der kaiserlichen Regierung und ihrem Vertreter in Rio de Janeiro stattgefunden, der sich ebenfalls mit der Reise von Caillaux befaßte. Damals wurde der Gesandte in Rio de Janeiro angewiesen über die Tätigkeit von Caillaux in Südamrika zu berichten, über die die französische Presse allerlei Andeutungen gemacht hatte, die eine für die deutschen Interessen unerwünschte Tätigkeit von Caillaux auf wirtschaftlichem Gebiete erwarten ließen. Zur Ueberwachung und eventuellen Bekämpfung derartiger Bestrebungen erbat und erhielt der Gesandte alsdann die Genehmigung zur Verwendung einer beschränkten Geldsumme. Es ist vorauszusehen, daß nach den bisher verfolgten Grundsätzen des Depeschendiebstahls und seiner öffentlichen Verkündigung auch die fraglichen Telegramme demnächst von Amerika oder Frankreich aus in der gegnerischen Presse veröffentlicht werden.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

31. Jan.: Rudolf Warnecke, Ingenieur, Ehemann, 36 J.; Anna Ruf, 29 J., Ehefrau von Friedrich Ruf, Maler und Tapezier; Christiane Treiber, 87 J., Witwe von Martin Treiber, Straßenwart; Gemmut, 1 J. 2 Mt. 21 Tg., V. † Wilhelm Götzmann, Backofenbauer; Karl Link, Büroassistent, Ehemann, 37 J.; Franz Klingenfuß, Altwarenhändler, Witwer, 60 J. — 1. Febr.: Thekla Himmelsbach, 48 J., Ehefrau von Alfred Himmelsbach, Postamtwärter. — 2. Febr.: Karl Friedrich Oeffler, Landwirt, Ehemann, 60 J.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Mittel und Wege zur Fettversorgung des deutschen Volkes!

Die Badische Landwirtschaftskammer weist in der landw. Presse Badens darauf hin, daß die Sicherstellung unserer Bevölkerung mit Fettstoffen eine der wichtigsten Aufgaben unserer Ernährungswirtschaft ist. Bei nahezu völliger Absperrung ausländischer Zufuhren und dem Rückgang unserer tierischen Fettproduktion, bedingt durch die Abschlachtung der Schweine und der Abnahme der Milcherzeugung infolge fehlenden Kraftfutters, sind wir gezwungen, die fehlenden Fettstoffe durch vermehrten Anbau von Oelsaaten zu ersetzen.

Für unsere Boden- und Klimaverhältnisse kämen als Sommerölfrüchte Lein, Sommerrübsen, Mohn, Leindotter und Senf in Betracht. Die Erntepreise 1918 sind von dem Kriegsausschuß für Oele und Fette bedeutend erhöht worden und betragen für je 100 Kg. Lein 74 M, Rübsen 83 M, Leindotter 74 M, Mohn 115 M, Senf 74 M, so daß der Anbau von Sommerölsaaten als sehr lohnend bezeichnet werden muß. Bei Anbauverträgen, die durch einzelne Landwirte, aber auch von Gemeinden, landw. Vereinen, Genossenschaften und Bauernvereinen abgeschlossen werden können, erhöhen sich diese Preise bei Ablieferung eines bestimmten Mindestertrages durch Flächenzulagen als Anbauprämien derart, daß für 100 Kg. Mohn bestenfalls 150 M, für Sommerrübsen 120 M, für Leindotter und Senfsaat 100 M bezahlt werden müssen.

Nach den bestehenden Bestimmungen dürfen die Landwirte bis zu 50 Kg. ihrer Oelsaaternte im Haushalt verbrauchen und zu Oel schlagen lassen, oder es wird denselben bei Ablieferung der ganzen Ernte Speiseöl in entsprechender Menge zu Vorzugspreisen, die bei Leinöl 1.50 M, bei Mohnöl 2.30 M, bei Rüböl 1.60 M pro Kg. betragen, zurückgeliefert. Den Anbauern steht weiter das Recht zu, von der abgelieferten Menge 40—50 Prz. Oelkuchen zum billigen Preise zurückzukaufen und pro bad. Morgen (36 Ar) 50 Pfund Stickstoffdünger zu verlangen.

Mit Ausnahme von Mohn, der seine höchsten Erträge auf tiefgründigem, kalkreichem oder nährstoffreichem Kalkboden liefert, gedeihen sämtliche Sommerölsaaten und noch auf sandigen Böden, können aber Nässe im allgemeinen nicht vertragen.

Die Saatmenge beträgt bei Sommerrübsen 6 Kg., bei Mohn 3 Kg., bei Senf 4 Kg., bei Leindotter 6 Kg. pro bad. Morgen, denen Körnererträge im Durchschnitt von 4—5 Dztr. gegenüberstehen.

Der Anbau nur für den eigenen Bedarf bringt der Allgemeinheit keinen Nutzen, deshalb ist es nationale Pflicht der Gemeinden, landw. Vereinen, Genossenschaften, Bauernvereinen usw., durch Zusammenschluß Sammelverträge abzuschließen, sodaß in jeder Gemeinde mindestens 1 Hektar zusammen für den Verbrauch der Allgemeinheit in Anbau genommen wird. Aufklärung durch die amtlichen Stellen, durch Kirche und Schule ist dringend notwendig.

Alle Auskünfte über Kulturmaßnahmen sind an die Werbestelle zur Förderung der Oelsaaten bei der Landwirtschaftskammer Karlsruhe zu richten. Den Abschluß von Anbauverträgen, Vermittlung von Saatgut usw. vermittelt der Kommissionär des Kriegsausschusses, in Baden das Getreidebüro in Mannheim.

Eine Goldankaufswoche

wird in den Tagen vom Sonntag, den 17. Februar bis einschließlich Sonntag, den 24. Februar in Karlsruhe wie in allen anderen Orten in Baden, der Pfalz und Hessen stattfinden. Zur Besprechung dieser Angelegenheit fand dieser Tage im Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Sitzung der Damen und Herren des Ehrenausschusses und des Arbeitsausschusses der Goldankaufsstelle statt, bei der die Agitationsarbeit für diese vaterländische Goldsammlung eingehend beraten wurde. Im Verbindung mit dem Ankauf von Goldsachen zugunsten der Reichsbank, deren Goldbestand verstärkt werden muß, steht diesmal auch die Erwerbung von Juwelen, durch deren Verkauf im neutralen Ausland unsere Valuta in wirksamer Weise verbessert werden kann. Wenn auch durch die schon seit langem bestehende Goldankaufsstelle erfreulicher Weise schon ganz erhebliche Mengen Gold der Reichsbank zugeführt werden konnten, war man der übereinstimmenden Meinung, daß auch in Karlsruhe noch ganz erhebliche Mengen dieses edlen Metalls, das als totes Kapital in den Kästen der verschiedenen Familien liegt, durch eine Goldankaufswoche herausgeholt werden kann. Wie von dem rührigen Leiter der Goldankaufsstelle mitgeteilt wurde, beläuft sich die Zahl der Ablieferer von Gold an der Karlsruher Goldankaufsstelle auf rund 5000. Dabei wurde die Wahrnehmung gemacht, daß von Seiten des sog. Mittelstandes verhältnismäßig mehr Gold abgeliefert wurde als aus den Kreisen, in deren Besitz man im allgemeinen reichlichen Goldschmuck vermuten darf. Karlsruhe mit seiner Goldsammlung bisher recht gut abschnitten hat, ist aus einem Vergleich der Ergebnisse mit anderen Städten zu ersehen. So wurden z. B. bis zum 1. September 1917 abgeliefert:

	für Goldsachen	für Juwelen
aus Konstanz (Stadt und Land)	104 412 M	9 000 M
„ Mannheim	150 000 M	8 693 M
„ Karlsruhe	229 045 M	37 176 M
„ Freiburg	221 326 M	35 500 M
„ Heidelberg	124 333 M	20 316 M
„ Baden-Baden	102 405 M	7 887 M
„ Pforzheim	92 108 M	— M

Wenn auch Karlsruhe mit dem Ergebnis seiner Goldsammlung unter den Städten an erster Stelle steht, so dürften auch hier noch viele Goldsachen in den einzelnen Familien sein, die im vaterländischen Interesse verwendet werden könnten. Es nun jedermann Gelegenheit zu geben, gegen Erstattung des vollen Geldwerts alle goldene Schmuckstücke und Geräte zur Verwendung für die Reichsbank abzuliefern, soll in der Goldankaufswoche ein geeignetes Lokal in günstiger Lage der Stadt für diesen vaterländischen Zweck eingerichtet werden. Wie bisher schon, so haben sich auch für diese Veranstaltung in dankenswerter Weise eine Anzahl Damen und Herren bereit erklärt zur Uebernahme der notwendigen Arbeiten. Dieser Ausschuß wird nach Bestimmung des Lokals und anderer Arbeiten alles Nähere über die Art des Ankaufs von Goldsachen, Platin und Juwelen bekannt geben.

Heute aber schon ergeht an die gesamte Einwohnerschaft der Stadt die dringende Bitte, nach Kräften mitzuhelfen zur Erzielung eines günstigen Ergebnisses dieser Goldankaufswoche. Heute schon sollten die Kasten und Truhen in den Familien auf das sorgfältigste nach entbehrlichen Goldsachen durchsucht werden. So manches Stück dürfte sich noch finden, auf das der Einzelne in der heutigen Zeit leicht verzichten kann. Auch diese Art von Opferwilligkeit wird sich für die Gesamtheit wie für den Einzelnen reichlich lohnen. Ns.

Lebensmittelverteilung

in der

Woche vom 4. bis 10. Februar 1918.

I.

1. **Graupen**
   1/5 Pfund zu 8 ₰ gegen die Marke F Nr. 78.
2. **Speisesyrup**
   1/2 Pfund zu 25 ₰ gegen die Marke G Nr. 78.
3. **Saure Rüben**
   1/2 Pfund zu 10 ₰ gegen die Marke J Nr. 78
4. **Fett**
   100 Gramm in den Fettverkaufsstellen Nr. 237—291 einschließlich gegen die Fettmarke C und D Nr. 78.
5. **Kindernährmittel**
   Statt des Kindermehles werden 2 Pakete Zwieback zum Preis von je 25 ₰ abgegeben.
6. **Fleisch**
   225 gr (175 gr Fleisch und 50 gr Wurst).
7. **Kartoffeln**
   7 Pfund gegen die Kartoffelmarke C Nr. 78 mit Anhang. 3 Pfund auf die Sondermarke Nr. 78. Ferner für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelzusatzmarken für Schwerarbeiter C und D Nr. 78.

II.

Die Verteilung der Waren erfolgt nur in der Woche vom 4. bis 10. Februar 1918 einschließlich.

III.

Einlösungsstellen für **Sondermarken** (Krankenzusatz- und F-Marken) für die unter 1 bis 5 aufgeführten Lebensmittel:

Die städt. Verkaufsstellen Kriegsstr. 80, Douglasstr. 24, die Filiale der Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstr. 25. für Fett ferner noch Karl Dietsche, Amalienstraße 29.

IV.

Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken, Mittwoch, den **13. Februar 1918. Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.**

V.

Für die Woche vom 11. bis 17. Februar 1918 sind zur Verteilung vorgesehen:

Teigwaren	1/5 Pfund	Eier
Kunsthonig	1/2 Pfund	Fett
Saure Rüben	1/2 Pfund	Kindernährmittel
Zucker	300 Gramm	Fleisch
		Kartoffeln.

Karlsruhe, den 1. Februar 1918. D 22

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Verkauf von Aepfeln.

Es sollen in der nächsten Zeit **Aepfel** zur Ausgabe an Einwohner der hiesigen Stadt gelangen und zwar pro Haushalt **10 Pfund zu 4 M, oder 10 Pfund zu 5 M.**

Bestellungen sind **schriftlich** bei uns einzureichen; mündliche Anträge werden nicht entgegen genommen.

Im Interesse der allgemeinen Versorgung wird vorausgesetzt, daß nur solche Familien eine Bestellung einreichen, die nicht über Obstvorräte verfügen.

Auf Grund der Bestellungen werden Ausweise ausgegeben gegen welche die Aepfel verabfolgt werden. Die Zeit der Abholung ist auf den Ausweisen angegeben und muß eingehalten werden.

Die Ausgabe des Obstes erfolgt, soweit der Vorrat reicht; einen Anspruch auf Lieferung von Obst gewähren die ausgegebenen Anweisungen nicht.

Karlsruhe, den 1. Februar 1918. D 24

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe:, Lgb. Nr. 3059, 1 a 76 qm mit Gebäuden Schützenstraße 66.

Schätzung: 26 000 Mk.

Versteigerungstagfahrt: Dienstag, den 9. April 1918, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8. 1121

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.

Karlsruhe, den 28. Januar 1918.

Großh. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Bitte!

Vom 5. Februar bis 20. Februar 1918

Altpapier- und Altmaterialien-Haussammlungen

in **Karlsruhe.**

Sammeltage für die einzelnen Stadtteile geben wir noch bekannt!

Gebt und helft uns alle!

Bad. Landesverein vom Roten Kreuz

— Depotabteilung — 1142

Taschenlampen-Batterien

neu eingetroffen. 1128

An Wiederverkäufer wird zu günstigen Preisen abgegeben.

Grund & Oehmichen, Waldstr. 26.

Museum Karlsruhe e. V.

Dienstag, den 5. Februar 1918,

abends 3/4 8 Uhr

für die Mitglieder der **Museumsgesellschaft**

Kammermusik-Abend

von **Mitgliedern des hiesigen Hoforchesters:**

Herren **E. Weimershaus**, Violine, **R. Feidner**, Violine, **H. Lüthje**, Viola, **J. Keilberth**, Cello, **K. Schied**, Kontrabass,

unter gefl. Mitwirkung von:

Fräulein **Elisabeth Friedrich**, Hofopernsängerin, hier (Gesang), Herrn **Ludwig Kühn**, Pforzheim (Klavier).

Die zum Eintritt notwendigen Karten werden am Montag, den 4. und Dienstag, den 5. Februar von 10 bis 1 und 4 bis 6 Uhr im Sekretariat Kaiserstrasse 90, II., abgegeben. 1130

Brennholz-Abgabe.

Im **alten städt. Gaswerk, Kaiserallee 11,** wird bis auf weiteres an **Werktagen** von **9 bis 12 Uhr vormittags** und von **2 bis 5 Uhr nachmittags**

Forlen- und Tannen-Brennholz

grob gespalten, zum Preise von **Mk. 5.60** für den Zentner ab Lagerplatz, in Kopfmengen von 1 bis 2 Zentnern an die hiesigen Einwohner abgegeben. J 5

Die Zufuhr des Holzes kann nicht übernommen werden.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Montag, den 4. Februar, B 34 (gelbe Karten):

Die Gärtnerin aus Liebe.

Anfang 7 Uhr. Ende 3/4 10 Uhr.

Ich habe mich hier als **Rechtsanwalt** am **Grossh. Landgericht** niedergelassen. Meine **Kanzlei,** welche mit derjenigen des Rechtsanwalts **Dr. Max Homburger** vereinigt ist, befindet sich

Kaiserstr. 88, 1 Treppe hoch.

Telephon Nr. 73.

Karlsruhe, 1. Februar 1918. 1181

Hugo Stein, Rechtsanwalt.

Ia Speise-Steinsalz

in kompletten Ladungen können wir noch günstig liefern.

Sächsisch-Anhaltischer Eisenhandel

G. m. b. H. — Abteilung Salze,

Stassfurt Leopoldshall

Telegramm-Adresse: **Eisenhandel.** 8019 Fernsprecher: **Nr. 545.**

Soldatenportraits

in hochkünstlerischer, naturgetreuer Ausführung auf Velourpapier Brustbilder, ganze Figur, Reiterbilder, lieferbar für alle Truppengattungen der deutschen u österr.-ungar. Wehrmacht, mit allen Abzeichen, Orden u. Ehrenzeichen. Parade-Uniformen u. Feldgrau.

Gute Existenz für Kriegsverletzte u. Aktive für Laden u. Schaukastenbesitzer vorzügl. Nebenartikel.

Gefl. Anfragen sind zu richten an: 15015

„MONTURA"

Aktiengesellschaft für graphische Kunst,

Berlin SW. 47 — Yorckstrasse 11 — Fernsprecher Nollendorf 2969.

GALERIE MOOS

Sonderausstellung

Walter Conz

Februar 1918,

sowie

Werke von Prof. Curt Liebich-Gutsch, Haueisen, Fehr, Grimm, Ad. Martin u. a.

Gemälde 1007

Graphik :-: Plastik.

Billig zu verkaufen:

Pack- und Brief-

Siegellack 1139

extra gute Ware à Pfd. Mk. 3,50, feinste Cedernholz-Bleistifte à Dtzd. Mk. 1.80, Feinstes Bleigummi 12 Stck. Mk. 4.50.

Martin Hoffmann,

Frankfurt a. M., Spohrstraße 37.

Greif Institut Detektiv

Schlossplatz 8, part.

E. Geugelin, früh. Polizeibeamter besorgt überall **Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen** etc. Durchaus routiniert. **Telef. 1252.** 10 2

Chaiselongue

neue, zu verkaufen.

Polsterei Köhler,

Schützenstr. 25 298

Reinigung der privaten Hausentwässerungsanlagen.

Wir übernehmen auf schriftlichen Antrag der Grundstückseigentümer in jederzeit widerruflicher Weise die **Reinhaltung aller zur Entwässerung von Grundstücken gehörenden Fett-, Schlammfänger und Sinkkasten.** Die näheren Bestimmungen liegen auf unserer Kanzlei, Rathaus Zimmer Nr. 99, während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf; daselbst werden auch die zur Antragstellung zu benützenden Vordrucke unentgeltlich abgegeben.

Karlsruhe, den 14. Januar 1918.

Städtisches Tiefbauamt. 01

Größere Quantitäten frisch gebrannte

Weiss-Stückkalk

an regelmäßige südd. Abnehmer

abzugeben.

Völklinger Dünger-Gesellschaft m. b. H.,

Saarbrücken 3. 8015

Gebisse

kauft jeden **Dienstag,** per Stück von **10.— Mk.** an 103

Frau Weineck, Karlstraße 37

Bin amtl. berechtigte Aufkäuferin.

Herzl. Bitte!

Welch edeld. Herr od. Dame, evtl. kindl. Ehepaar, **leiht Halbwaise 6000 M?** Pkt. Rückzahl. Offerten unt. **Nr. 7007** an die Exped. d. Blattes.